

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 07.03.2017**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner  
Herr Brücher  
Frau Gorsler  
Herr Kaufmann  
Herr Schmalen

Stellv. Vorsitzende

CDU

Herr Copertino  
Frau Jansen  
Herr Jung  
Herr Wasyliw  
Herr Weber

(bis 19.25 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller  
Herr Hood  
Frau Mann

Vorsitzender

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

(ab 17.05 Uhr)

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Frau Schellong CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic  
Herr Buschmann  
Frau Huber  
Herr Klein  
Herr Winkelmann

Integrationsrat

(ab 17.15 Uhr)

FDP-Gruppe

Seniorenrat

(bis 19.25 Uhr)

Psychiatriebeirat

(ab 17.15 Uhr)

Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
 Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz  
 Herr Dr. Jostmeyer

Herr Metzger  
 Herr Cremer

Frau Bueren

Herr Linnenbürger

Dezernat 5  
 Dezernat 3  
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
 Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-  
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
 Bauamt  
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
 Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
 Stab Dezernat 5

Gäste

Frau Hopster  
 Herr Radloff  
 Herr Siegeroth

AGW  
 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld  
 REGE mbH

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass die bisherige Vorsitzende Frau Dr. Ober ihr politisches Mandat mit Ablauf des 31.01.2017 niedergelegt habe. Obwohl sie an der Sitzung nicht teilnimmt, dankt er Frau Dr. Ober herzlich für Ihre Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Vorsitzender Herr Hood stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2.2 und 11.2 werden abgesetzt. Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

**Zu Punkt 1****Verpflichtung von Herrn Holler-Göller als neues stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im SGA**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt Herrn Holler-Göller als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

*„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.“*

-.-.-

**Zu Punkt 2****Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 2.1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.11.2016****Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.11.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.01.2017**

- abgesetzt -

---

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1 Vogelgrippe/Geflügelpest -Sachstand-**

Herr Dr. Jostmeyer teilt mit, dass seit Anfang November 2016 die ersten Nachweise der Geflügelpest bei Wildvögeln durch das Influenza A Virus vom Subtyp HPAI H5 N8 in Schleswig-Holstein und am Bodensee nachgewiesen seien.

Inzwischen habe sich daraus ein Seuchenzug entwickelt, der alle Regionen Deutschlands einschließlich der Stadt Bielefeld betroffen habe. Deutschlandweit mussten ca. 1 Mio. Tiere getötet werden.

In Bielefeld seien am 22.12.2017 mit dem Influenza A H5-N1-Nachweis in einer Rassegeflügelhaltung in Brackwede die „Niedrig pathogene Geflügelpest“ festgestellt worden. Der Bestand konnte saniert werden ohne Tötungen anordnen zu müssen.

Die „Hoch pathogene Geflügelpest Influenza A-H5-N8“ sei bei Wildvögeln ab dem 26.01.2017 bisher bei 16 verendeten Wildvögeln (Gänse, Schwäne, Krähen, Graureiher, Blesshuhn) überwiegend im Bereich des Obersees nachgewiesen worden.

Bei drei verendeten Tieren wurde eine Infektion mit Influenza A-, oder A-H5- Viren nachgewiesen, ohne dass die Nachweisbarkeit der hohen Pathogenität gelungen sei.

Da nicht alle als verendet gemeldeten Vögel untersucht wurden oder gefunden werden konnten, sei die Zahl der an Geflügelpest verendeten Vögel höher als die Zahl der Nachweise.

Zum Schutz der Geflügelhaltungen bestehe seit November im gesamten Stadtgebiet eine Stallpflicht. Um den Obersee herum sei ein bis zum 23.03. bzw. 08.04.2017 geltendes Sperr- und Beobachtungsgebiet eingerichtet worden. Ein Übergreifen des Erregers in Geflügelhaltungen und den Tierpark Olderdissen konnte verhindert werden.

Nachdem inzwischen mehr als 2/3 der ständig am Obersee lebenden Gänse und Schwäne verendet seien, scheint das Seuchengeschehen in Bielefeld seine Dynamik verloren zu haben, da seit ca. 10 Tagen keine toten Vögel mehr aufgefunden worden seien.

---

**Zu Punkt 3.2 Wohnen in Ostwestfalen-Lippe, 2. Regionaler Wohnungsmarktbericht 2017**

Herr Metzger informiert über den 2. Regionalen Wohnungsmarktbericht 2017. Der Bericht mache deutlich, dass sich der Wohnungsmarkt in Ostwestfalen Lippe (OWL) sehr unterschiedlich entwickle.

Auf der Verkehrsachse Gütersloh-Bielefeld-Paderborn sei eine große Anspannung des Wohnungsmarktes erkennbar. Dort sei zwar eine hohe Wohnungsbautätigkeit zu verzeichnen, demgegenüber stehe allerdings auch ein starker Bevölkerungszuwachs. Die Bautätigkeit in OWL liege über dem Durchschnitt Nordrhein-Westfalens, trotzdem herrsche ein Mangel an kleinen und preisgünstigen Wohnungen. Um die Attraktivität des Wohnungsbestandes zu erhalten, seien umfangreiche energetische Sanierungen und Umbaumaßnahmen zu barrierefreiem Wohnraum erforderlich.

Der Bericht ist auf der Homepage der Stadt Bielefeld unter dem folgenden Link einsehbar <http://www.bielefeld.de/de/pbw/muw/mubeo> .

---

**Zu Punkt 3.3 Mit-Mach-Konferenz**

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über die am 18.02.2017 stattgefundene Mit-Mach-Konferenz.

Auf Vorschlag der fast 300 Teilnehmer, wurden folgende Schwerpunktthemen zu Freizeit, Sport und Kultur diskutiert:

- leichte Sprache
- Internet für alle
- Freizeitangebote für beeinträchtigte Kinder
- mehr Sportangebote mit Inklusion
- einfache Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- politische Teilhabe in Bielefeld
- technische Unterstützung bei öffentlichen Veranstaltungen
- Barrierefreiheit öffentlicher Kultureinrichtungen

Die Diskussionsergebnisse würden nun zusammengefasst und auf der Homepage der Stadt Bielefeld veröffentlicht werden. Die Ergebnisse würden im Rahmen von Arbeitsgruppen in die Entwicklung des Inklusionsplanes mit einfließen.

Er stellt eine Berichterstattung über den Stand des Inklusionsplanes in den nächsten Monaten in Aussicht.

---

**Zu Punkt 3.4 Modellprojekt "Einwanderung gestalten NRW"**

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass mit dem Modellprojekt die konzeptionelle Weiterarbeit für die Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützt werden solle. Im Sinne des Bielefelder Integrationskonzeptes und analog zum Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“, soll im

Rahmen des Projektes folgendes erreicht werden:

- Transparenz der komplexen Angebotsstruktur für die (Neu-) Zugewanderten
- Abstimmung der Konzepte und Angebote auf Basis einer Bestandsaufnahme
- verbindliche Vereinbarungen über Vernetzung und Kooperation der Träger
- Messbarkeit des Erfolges mittels einer Evaluation sichern
- Weiterentwicklung von bestehenden Abläufen zu operativen Prozessketten
- Installation von „Fallkonferenzen“ zwischen den zuständigen Akteuren

Unter 90 Bewerberkommunen sei Bielefeld als eine von zwölf Kommunen in Nordrhein-Westfalen als Modellkommune ausgewählt worden. Das Projekt werde, nach Eingang des Zuwendungsbescheides, voraussichtlich vom 01.04.2017 bis 31.03.2019 durchgeführt.

---

### **Zu Punkt 3.5 Haushaltsplanberatungen 2018 -Zeitplan-**

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Stadt Bielefeld beabsichtige, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, den Haushaltsplan 2018 vor dem Jahreswechsel vom Rat der Stadt verabschieden zu lassen. Der Haushaltsplanentwurf 2018 werde in der Ratssitzung am 04.05.2017 erfolgen. Die Verwaltung schlage vor, den Haushaltsplanentwurf 2018 am 20.06.2017 (in 1. Lesung) und am 11.07.2017 (endgültige Beschlussfassung) im Sozial und Gesundheitsausschuss zu beraten.

Es gibt keine Einwände.

---

### **Zu Punkt 3.6 Informationsveranstaltung zu den Gesetzesreformen Pflegestärkungsgesetz II/III und Bundesteilhabegesetz**

Frau Schulz informiert über eine Informationsveranstaltung des Sozialamtes der Stadt Bielefeld zu den Gesetzesreformen der Pflegestärkungsgesetze II/III und des Bundesteilhabegesetzes. Hierzu sei den Mitgliedern bereits per Mail eine entsprechende Einladung zugesandt worden. Für die Teilnahme an der Veranstaltung bittet sie, sich bis spätestens 22.03.2017 bei Frau Krumme anzumelden.

---

**Zu Punkt 3.7 Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung**

In Bezug auf eine Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Hood zu Pressebe-  
richterstattungen, führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass der Stadt  
Bielefeld bisher noch keine offizielle Mitteilung über Änderungen in der  
Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung vorliege. Sollten bis zur  
nächsten Sitzung endgültige Informationen vorliegen, würde der Aus-  
schuss selbstverständlich unterrichtet.

---

**Zu Punkt 3.8 Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit  
Behinderung am 09.05.2017**

Vorsitzender Herr Hood informiert über eine an ihn als Vorsitzenden des  
Sozial- und Gesundheitsausschusses gerichtete Einladung zur Teilnah-  
me an der Podiumsdiskussion am Europäischen Protesttag zur Gleich-  
stellung von Menschen mit Behinderungen am 09.05.2017. Ab 11:00 Uhr  
beginne der Protestzug und anschließend werde ab ca.11:45 Uhr eine  
Podiumsdiskussion zum Thema „Wohnsituation und Mobilität“ geführt. Er  
werde als SGA-Vorsitzender neben den Beigeordneten Herrn Nürnberger  
und Herrn Moss an der Podiumsdiskussion teilnehmen.

Er lädt alle Mitglieder ein, an der Veranstaltung teilzunehmen.

---

**Zu Punkt 4 Anfragen**

**Zu Punkt 4.1 Internetzugang in Einrichtungen des stationär betreuten Woh-  
nens in Bielefeld (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten  
vom 24.01.2017)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4296/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Antwort der Verwaltung  
(Anlage 1).

Herr Gugat macht deutlich, dass er mit der Antwort gerechnet habe. Er  
bittet die Verwaltung, vor dem Hintergrund des am 17.09.2015 gefassten  
Ratsbeschlusses zur Förderung des stadtweiten Freifunks, die Einrich-  
tungsleitungen diesbezüglich zu informieren und die Umsetzung anzure-  
gen.

Er bittet um eine kurzfristige Mitteilung über die Entwicklung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 4.2**      **Situation der Wohnungslosen in Bielefeld (Anfrage der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 27.02.2017)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4435/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass unabhängig von der vorliegenden Antwort der Verwaltung, ein umfangreicher Wohnungslosenbericht erarbeitet werde. Beabsichtigt sei, diesen im Mai 2017 dem Ausschuss vorzulegen.

Frau Gorsler begrüßt die vertiefende Befassung mit der Problematik. Herr Weber bittet darum, in dem angekündigten Bericht, den Verbleib der 50 Obdachlosen im nächsten Winter im Blick zu behalten.

Vor dem Hintergrund von verstärkten Selbstbestimmungsrechten fordert Frau Brandtner dazu auf, über die Abwägung von Fürsorge und Selbstbestimmung bei Wohnungslosen mit psychischen Erkrankungen zu diskutieren. Im Einzelfall müsse auch die Ablehnung von Hilfen akzeptiert werden.

Herr Gugat weist darauf hin, dass zurzeit ca. 100 Personen auf Campingplätzen leben, denen vereinzelt bereits Räumungsklagen zugestellt worden seien.

Frau Schulz macht deutlich, dass in den städtischen Unterkünften bereits Übernachtungsplätze vorgehalten würden. Sollten diese Plätze nicht ausreichen stünden noch Notfallplätze zur Verfügung, sodass die Gefahr von „Kälteopfern“ in Bielefeld derzeit nicht bestehe. Es gebe allerdings Menschen, die die Hilfen aus unterschiedlichsten Gründen nicht annehmen könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 6****Gesundheitsbericht Kinder - Entwicklung der Adipositas von 1992 bis 2016 in den Einschuljahrgängen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4279/2014-2020

Herr Cremer informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage **(Anlage 3)**.

Zu Fragen von Herrn Holler, Frau Gorsler und Frau Mann führen Herr Cremer und Frau Dr. Delius aus, dass in den Schulen viele Projekte zur gesunden Ernährung angeboten würden. Über diese Projekte habe das Gesundheitsamt allerdings keinen Überblick und sie zielten auch auf ältere Schüler ab und nicht auf die Schulanfänger. Ein Anstieg von Adipositas-Erkrankungen bei unter 3-jährigen sei nicht erkennbar. Erste Anlaufstelle für Eltern von adipösen Kindern seien die Kinder- und Hausärzte, die unter Berücksichtigung der Ursachen, Behandlungsprogramme mit einem familienzentrierten Ansatz aufstellen könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 7****Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2017**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4409/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood schlägt vor, über die Inhalte der Informationsvorlage in zwei Sitzungen zu beraten. In dieser Sitzung habe die Verwaltung eine exemplarische Berichterstattung über Ziele und Maßnahmen für arbeitssuchende Erwachsene und Flüchtlinge vorbereitet. Die übrigen Themen würden dann in der nächsten Sitzung behandelt. Die Anwesenden erheben keine Einwände.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über das Eckpunktepapier „Sozial-/Jugendpolitik 2020“, den die Verwaltung für sich als Orientierung im Tagesgeschäft erarbeitet habe. Daraus resultierten die Grundlagen für die Schwerpunkte, Ziele und Maßnahmen des Sozialdezernates **(Anlage 4)**. Er erläutert die neue Form der Darstellung.

Herr Radloff informiert über das Schwerpunktthema „Integration in Erwerbstätigkeit“ (s. S. 18) und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Anzahl der SGB-II-Bezieher im Januar 2017 mit 11.051 Personen, so niedrig wie lange nicht mehr gewesen sei. Der gute Arbeitsmarkt in Bielefeld ermögliche zahlreiche erfolgreiche Vermittlungen. Aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse und Qualifikationen der Zuwanderer, stelle die große Zahl an Menschen eine große Integrationsherausforderung dar.

Herr Siegeroth vermittelt die Aspekte der Integration von Langzeitarbeitslosen (Coaching, Kompetenzen-Entwicklung etc.) im Rahmen von Projektmaßnahmen (s. S. 27 „Arbeitslosigkeit verringern - kommunale

Schwerpunkte in der Arbeitsmarktpolitik“). Hierbei werde auch der Arbeitsmarkt im Quartier, derzeit in Sieker und Sennestadt, in den Blick genommen.

Die Anwesenden danken der Verwaltung für die anschauliche und konkrete Darstellung der Ziele und Maßnahmen, die eine kontinuierliche Fortschreibung und eine gute Begleitung der einzelnen Maßnahmen ermöglichen.

Auf Fragen von Herrn Buschmann, Herrn Weber, Frau Bußmann, Frau Gorsler, Frau Mann, Herrn Bolte, Herrn Kaufmann und Herrn Klein führt Beigeordneter Herr Nürnberger u. a. aus, dass die Form der Ergebnisberichterstattung 2017 noch überdacht werde. Derzeit werde in Zusammenarbeit mit den Trägern versucht, für die Einrichtungen im Rahmen der Leistungsverträge Maßnahmen und Ziele in dieser neuen Form zu vereinbaren. Aufgrund des hohen Aufwandes sei auf einen Ergebnisbericht 2016 verzichtet worden. Die Laufzeit der Maßnahmen beziehe sich in der Regel auf das Kalenderjahr 2017.

Zur Nachhaltigkeit von Integration merkt Herr Radloff an, dass 60 % der Vermittelten nach einem ½ Jahr noch in Arbeit seien. Eine Darstellung über die Wirtschaftsbereiche, in die im Rahmen von Integration vermittelt worden sei, wird von ihm in Aussicht gestellt.

Herr Siegeroth führt aus, dass mit neuen Maßnahmen Bielefelder Jugendliche aktiviert werden sollen, sich auch um Ausbildungsplätze über die Stadtgrenze hinaus zu bemühen.

Abschließend weist Vorsitzender Herr Hood darauf hin, dass im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen ausführlich Kennzahlendargestellt worden seien. Bei der Forderung nach Transparenz sollte auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel berücksichtigt werden. Er bewertet das dargestellte Maßnahmenpaket als bisher beste Darstellungsform. Er fordert, an der Festlegung von Schwerpunktthemen festzuhalten und nach einem ¾ Jahr die Akteure der Maßnahmen in einer SGA-Sitzung über die tatsächliche Umsetzung berichten zu lassen.

- 1. Lesung -

---

## Zu Punkt 8

### Pflegebericht 2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4402/2014-2020

Frau Bueren informiert über die Ergebnisse des Pflegeberichtes 2015 (**Anlage 5**). Die Pflegequote in Bielefeld liege bei 3,4 % und sei gegenüber des Landes- und Bundesdurchschnitts deutlicher angestiegen.

In der sich anschließenden Diskussion zwischen Herrn Gugat, Frau Brandtner, Frau Huber, Herrn Klein, Frau Mann und Frau Bueren wird der große Anstieg der Pflegebedürftigkeit bei unter 60-Jährigen betrachtet. Mögliche Erklärungsansätze waren

- Medizinischer Fortschritt
- Mehr Informationen
- Scham von Frauen vor der Antragstellung

- Gesellschaftsspezifische Aspekte

Vorsitzender Herr Hood erhofft sich vom nächsten Pflegebericht, dass die Ursachen der Steigerung in dieser Altersgruppe näher eruiert werden können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 9 Situation der Flüchtlinge in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über eine entspannte Zuweisungssituation. Derzeit würden 5 – 10 Personen wtl. zugewiesen. Bis 05.03.2017 seien insgesamt 84 Flüchtlinge zugewiesen worden. In nächster Zeit bilde das Thema „Familiennachzug“ einen Schwerpunkt. Er kündigt an, in der nächsten Sitzung ausführlicher darüber zu berichten.

-.-.-

## **Zu Punkt 9.1 Bewilligungen des Vergabegremiums für die Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen**

Frau Krutwage informiert im Rahmen einer Tischvorlage über die bisher bewilligten Projekte (**Anlage 6**). Die Schwerpunkte der Projekte seien in den Bereichen Kultur, Beratung und Fortbildungen, Begegnung, Offene Kinder- und Jugendarbeit und Alltagsstruktur. Daraus ergingen viele gute Impulse in die Stadtgesellschaft, so dass sich das Ziel der Förderung mehr als erfüllt habe. Beabsichtigt sei, besonders attraktive Angebote dem SGA in nächster Zeit einmal vorzustellen.

-.-.-

## **Zu Punkt 9.2 Änderung der Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4408/2014-2020

Frau Krutwage erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Bei den Projektanträgen sei deutlich geworden, dass die Richtlinien angepasst werden müssten.

Die vorgeschlagenen Änderungen würden die Entscheidungsfähigkeit des Vergabegremiums deutlich erhöhen.

Frau Mann bedankt sich bei den Mitgliedern des Vergabegremiums und unterstützt die Anpassungen der Richtlinien.

**Beschluss:**

Die „Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ werden im Hinblick auf die Förderhöhe und die Projektlaufzeit geändert.

Die Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in der als Anlage beigefügten Fassung in Kraft.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 10** **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 10.1** **Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für öffentliche Plätze im Innenstadtbereich und in den Stadtbezirken (Antrag der CDU-Fraktion vom 16.09.2016) -Beschluss des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vom 08.12.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3846/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den Beschlussauszug aus der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vom 08.12.2016. Der vom SGA verwiesene Antrag sei dort mehrheitlich abgelehnt worden.

Frau Gorsler bittet die Verwaltung, wenn ein Konzept zur Situation im Stadthallenumfeld „Tüte“ im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgestellt werde, auch die sozialpolitischen Aspekte für eine Diskussion im SGA vorzustellen.

Herr Copertino schließt sich dem Vorschlag an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Hood  
(Vorsitzender)

---

Krumme  
(Schriftführerin)